

Interkulturalität aus der Sicht der Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union

*Doç. Dr. Şerife YILDIZ**

Özet

Türkiye'nin AB adaylığının Aralık 1999'de Kopenhag'da kabul edilmesinden sonra, Avrupa Birliği yalnızca bir gerçeklik olarak değil, aynı zamanda sosyal bilimler açısından aydınlatılması gereken bir kavram olarak büyük önem kazanmıştır. Bu inceleme, Avrupa Birliği'ni kültürlerarası iletişim bağlamında ele alıp Türkiye ve Avrupa Birliği - özellikle de Almanya eksenindeki - ilişkilerini irdelemek amacıyla taşımaktadır. Bunu gerçekleştirirken interkültürel gerçeklikten hareket edilmektedir. Çeşitli toplumların bireylerinin kendi kültürlerinden farklı olan diğer kültürleri de içine sindirerek birlikte yaşamalarının temeline inilmeye çalışılmaktadır. Başka bir deyişle kültürlerarası hoşgörünün kollektif bir bilince dönüşmesi üzerinde durularak, bunun Avrupa Birliği ve Türkiye ilişkilerine yansımaları ile ilgili görüşlere yer verilmektedir. Bir tartışma zemini hazırlamak için ilkin, Avrupa Birliği'nin tarihsel gelişimi ve temel ilkeleri ele alınmaktadır. Sonra, Avrupa'da (ve özellikle Almanya'da) yaşayan Türk vatandaşları hakkındaki istatistik verilerin ışığında, Türkiye ile Avrupa'nın bütünleşmesine hizmet edecek noktalar tespit edilerek, bunların ileriye yönelik olarak olumlu ve yapıcı yansımalarına ışık tutulacaktır.

Anahtar kelimeler: Kültürler Arası İletişim, Entegrasyon, Almanya'daki Türk Varlığı, Türkiye-AB İlişkileri

Abstract

After the acceptance of the EU-candidateship of Turkey on December 1999 in Copenhagen, the European Union has become important not only as a reality, but also as a concept to be clarified by the social sciences. This study aims to analyse the relations between Turkey and the EU (especially Germany) by reaching a intercultural understanding of the EU. The intercultural reality is the starting-point of this study, which tries to throw a light on the fundamentals of how

*H.Ü. Edebiyat Fakültesi Alman Dili ve Edebiyat Bölümü Öğretim Üyesi

individuals from different cultures can live together by accepting the other culture. This study scrutinizes the transformation of tolerance into collective consciousness and how this reflects on the relations between Turkey and the European Union. Firstly, the historical development and the basic principles of the European Union were studied in order to establish a fundament for further discussions. Then, statistical data concerning the Turkish citizens living in Europe (and especially in Germany) were listed. Thus it can be seen that there exist already structures which might be useful for integration now and in the future.

Key words: intercultural communication, integration, turkish migrants, Turkey " EU Relations

1. EINLEITUNG

Nachdem die Kandidatur für den Beitritt der Türkei in die Europäische Union im Dezember 1999 in Kopenhagen akzeptiert worden war, bekam die Europäische Union einen besonderen Stellenwert nicht nur in der Wirklichkeit, sondern auch in der Sozialforschung. Diese Untersuchung soll ein Beitrag für ein besseres theoretisches Verständnis der EU als eine supranationale Organisation sein. Dabei wird zunächst von der Geschichte und den Grundprinzipien der Europäischen Union ausgegangen, um eine Diskussionsbasis zu schaffen. Danach befasst sich diese Untersuchung mit den Vorteilen eines Beitritts der Türkei in die EU sowohl für die türkische als auch für die europäische Seite. Zuletzt sind statistische Daten über die in Europa (und vor allem in Deutschland) lebenden türkischen Staatsbürger angeführt, wobei zu erkennen ist, dass bestimmte Strukturen von Integration schon vorhanden sind, die in der nahen Zukunft weiter ausgebaut werden könnten.

2. DIE EUROPÄISCHE UNION

2. 1. Die Europäische Union nach 1990

Ende der 80'er Jahre wurde die politisch-militärische Blockbildung in Ost und West überwunden, und somit auch der Kalte Krieg. Die Sorge um eine kriegerische Auseinandersetzung war damit nicht mehr vorhanden. So haben sich die Europäer verstärkt ihrer eigenen Integration zuwenden können. Auch war Deutschland nicht mehr geteilt, die Mauer, die bedrohenden Grenzen waren verschwunden. Wirtschaftliche und politische Einigung wurde angesagt. Dies war ja auch schon im Programm der EG vorhanden:

“In der Tat meint die Vereinigung Europas zunächst seine Integration zu einem Wirtschafts- und Währungsraum, in dem Sekundärziele wie zum Beispiel der Wissenschafts- und Kulturaustausch und die Angleichung der einzelstaatlichen Bildungssysteme eher eine Zubringerfunktion erfüllen. Das wirtschaftliche Zusammenwachsen der zwölf EG-Partner ist auf eine solide vertragliche Basis gestellt worden und in seine erste entscheidendste Phase, den Binnenmarkt

eingemündet. Der leistungsstarke Block der wirtschaftlichen "Festung" Europa hat denn auch für Beunruhigung bei seinen außereuropäischen Partnerländern gesorgt." (Dethloff 1993, S.1).

Aber dieses Programm konnte erst nach der Beendigung des Ost-West-Konflikts mit äußerst radikalen Maßnahmen vorangetrieben werden. Auch die osteuropäischen, ehemals sozialistischen Länder wurden in die europäische Integration miteinbezogen. Es ist jetzt die Rede von einem Gesamtkonzept Europas, das vor allem in Verbindung mit den Beschlüssen von Maastricht steht.

Auch die Bezeichnung "Europäische Union" statt "Europäische Gemeinschaft" existiert erst seit dem Vertrag von Maastricht. Was ist mit diesem neuen Begriff gemeint? Wie unterscheidet sich die Union von der bisherigen Europäischen Gemeinschaft (EG)? Hans Boldt erklärt dies folgenderweise:

"Die Europäische Union ist eine durch den Vertrag von Maastricht am 7. Februar 1992 gegründete Internationale Organisation. Ihr gehören die zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die den Vertrag miteinander abgeschlossen haben, sowie seit dem 1. Januar 1995 auch Finnland, Schweden und Österreich an. Die Union stellt eine neue Stufe im Prozess der immer engeren Integration dieser Staaten dar.

Sie baut sich auf der Grundlage der drei Europäischen Gemeinschaften: der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG, Euratom) auf. Die Regelungen für diese drei Gemeinschaften, die man auch kurz als die Europäische Union (EUV) durch Bestimmungen über eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik' (GASP) und Bestimmungen über eine 'Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres' ergänzt". (Boldt 1995, S.11).

Die Europäische Union, die auf wirtschaftliche, sicherheits- und außenpolitische Prinzipien zu beruhen scheint, darf also nicht unabhängig von der Europäischen Gemeinschaft verstanden werden.

2.2. Ziele der Europäischen Union

Ziele der Union sind vor allem die Förderung eines ausgewogenen und dauerhaften wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts in einem Raum ohne Binnengrenzen. Es wird die Entwicklung einer engen Zusammenarbeit in der Innenpolitik sowie auf dem Sektor der Justiz und die Stärkung des Schutzes der Rechte bestrebt. Außerdem werden Interessen der Angehörigen der Mitgliedstaaten durch Einführung einer gemeinsamen Unionsbürgerschaft gewährleistet. Die Union bedient sich bei der Verwirklichung ihrer Ziele ihrer verschiedenen Organe, wie z. B. des Europäischen Parlaments, des Europäischen Rats, der Europäischen Kommission für Menschenrechte und des

Europäischen Gerichtshofs. Besonders wichtig ist die Funktion des Europäischen Rats:

“Die Richtung ihrer weiteren Entwicklung wird von einem Europäischen Rat, dem die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sowie der Präsident der Europäischen Kommission angehören, bestimmt.” (Boldt 1995, S.12).

Die Abhandlung “Auf dem Weg zur EU”, die vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung veröffentlicht wurde, hat die wesentlichen Neuerungen von Maastricht folgendermaßen zusammengefasst:

1. Die neu geschaffene Europäische Union stellt ein Dach dar für die weiter bestehende und fortentwickelte EG, die neue “Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik” sowie die “Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres”. Entscheidungen sollen möglichst bürgernah getroffen werden.
2. Die stabilitätsorientierten EG-Länder werden im Rahmen einer Wirtschafts- und Währungsunion spätestens 1999 die Wechselkurse ihrer Währungen untereinander unwiderruflich festsetzen.
3. Die bisherige außenpolitische Zusammenarbeit (EPZ) der EG und ihrer Mitgliedsstaaten wird zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik fortentwickelt.
4. Erstmals eröffnen die EG-Staaten den Weg für eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik.
5. Mit der Schaffung einer “europäischen Unionsbürgerschaft” und der Zuerkennung weiterer Entscheidungsrechte für das Europäische Parlament wird der demokratische Charakter Europas unterstrichen.
6. Die Union wird - allerdings zunächst ohne Beteiligung Großbritanniens - ihre Aktivitäten im Bereich der Sozialpolitik verstärken. (Auf dem Weg zur EU 1992, S.5).

Die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaft umfasst nach Inkrafttreten der neuen Vereinbarungen folgende Bestimmungen:

- a) Die Abschaffung der Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen bei der Ein- und Ausfuhr von Waren sowie aller sonstigen Maßnahmen gleicher Wirkung zwischen den Mitgliedsstaaten;
- b) Eine gemeinsame Handelspolitik;
- c) Einen Binnenmarkt, der durch die Beseitigung der Hindernisse für den freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten gekennzeichnet ist;
- d) Maßnahmen hinsichtlich der Einreise in den Binnenmarkt und der

Freizügigkeit im Binnenmarkt;

- e) Eine gemeinsame Agrar- und Fischereipolitik;
- f) Eine gemeinsame Verkehrspolitik;
- g) Ein System, das den Wettbewerb innerhalb des Binnenmarktes vor Verfälschungen schützt;
- h) Die Angleichung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften, soweit dies für das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes erforderlich ist;
- i) Eine Sozialpolitik mit einem Europäischen Sozialfonds;
- j) Die Stärkung ihres wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts;
- k) Eine Umweltpolitik;
- l) Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und der Gemeinschaft;
- m) Die Förderung der Forschung und technologischen Entwicklung;
- n) Die Förderung von Errichtung und Ausbau transeuropäischer Netze;
- o) Die Mitwirkung an der Erreichung eines hohen Gesundheitsschutzniveaus;
- p) Die Mitwirkung an der Förderung einer qualitativ anspruchsvollen Bildung und Ausbildung sowie an der Entfaltung des Kulturlebens in den Mitgliedsstaaten,
- q) Eine Politik der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklung;
- r) Die Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete, um den Handelsverkehr zu steigern und die wirtschaftliche und soziale Entwicklungen durch gemeinsame Bemühungen zu fördern;
- s) Maßnahmen in den Bereichen Energie, Verbraucherschutz, Katastrophenschutz und Fremdenverkehr;
- t) Einen Beitrag zur Stärkung des Verbraucherschutzes. (Auf dem Weg zur EU 1992, S. 18-19).

Obwohl sich die Union mit allen Themen öffentlicher Politik befassen kann, verfügt sie nicht über eine bis ins Detail gehende Allzuständigkeit.

2.3. Interkulturalität in der Europäischen Union

Die Vereinigung Europas ist zunächst eine Integration zu einem Wirtschafts- und Währungsraum. Es stellt sich also die Frage nach einer höheren Impulsebene, einer außerökonomischen Motivation der europäischen Staaten und Völker, das Einigungswerk als Grundwert und Idealentwurf gesellschaftlichen und sozialen Seins zu

empfinden oder zu begreifen. Es geht ganz konkret darum, die Angehörigen der verschiedenen Nationalstaaten zu befähigen, sich das notwendige positive Wissen über die Nachbarkulturen zu verschaffen, und darüber hinaus die Politik der supranationalen Begegnung auf eine breitere Basis zu stellen als bisher geschehen. Das persönliche Erleben der fremden Kultur in den vielfältigsten Begegnungskontexten ist eine der prägenden Erfahrungen des Individuums und trägt dazu bei, ein kollektives Bewusstsein für interkulturelle Toleranz zu entwickeln. Anders gewendet: die Vision eines multikulturellen, wirtschaftlich und politisch geeigneten, gemeinsamen Kultur- und Sozialraumes Europa setzt eine entwickelte interkulturelle Handlungsfähigkeit der Bürger voraus:

“Europa ist dabei, den Nationalstaat zu überwinden und einen übernationalen Bundesstaat zu entwickeln. Die wirtschaftliche Vereinigung Europas ist weit vorangeschritten, seine kulturelle, geistige und soziale Einigung hält jedoch mit der wirtschaftlichen nicht Schritt. Die kulturelle Aufgabe der europäischen Einigung, das gemeineuropäische Bewusstsein, den europäischen Bundesstaat und die gemeinsame humane Lebensordnung Europas zu schaffen, tritt verstärkt in den Mittelpunkt der europäischen Frage. Wenn auch die Idealprojektion einer geistig-kulturellen Vereinigung Europas und der sozialen Integration der Europabürger den Charakter eines utopischen Gegenbildes annimmt, letztlich wohl auch nicht in seiner radikalen Form des Endzustandes einer durchmischten, nivellierten Eurokultur anzustreben ist, so bedarf es andererseits doch einer verstärkten Sensibilisierung des europäischen Bewusstseins im Sinne eines übernationalen kulturellen Selbstverständnisses, um die ökonomische und politische Union nicht zu einem reinen Kartellgebilde, zu einer geballten, konkurrenzstarken Wirtschaftsgrößmacht verkommen zu lassen. Die Zielvorstellung einer einheitlichen, wirtschaftsgesteuerten Alltagskultur erinnert fast zwangsläufig an das American Way-of-life-Modell und sollte entschieden nicht das erstrebenswerte Modell einer kulturellen Annäherung zwischen den Völkern Europas sein.” (Dethloff 1993, S.4).

Eine Passage des Vertrages Maastricht bezieht sich auf ein europäisches Bildungsgesamtkonzept. Artikel 126 der Maastrichter Übereinkunft formuliert die Wege, die die europäische Dimension öffnen soll:

- Die Förderung des Erlernens und der Verbreitung der Sprachen der Mitgliedstaaten;
- Die Förderung der Mobilität von Lernenden und Lehrenden (u.a. durch akademische Anerkennung der Diplome und Studienzeiten),
- Die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen;
- Der Ausbau des Informations- und Erfahrungsaustausches über Probleme, die den Bildungssystemen der Mitgliedsstaaten gemein sind;

- Die Förderung des Aufbaus des Jugendaustauschs und des Austauschs von sozialpädagogischen Betreuern;
- Die Förderung der Entwicklung der Fernlehre.

Damit sind also konkrete Entwicklungen in die Richtung einer schrittweisen Anpassung und Durchlässigkeit der einzelstaatlichen Bildungssysteme zustande gebracht. Europaspezialisten betonen allerdings, dass die Beschlüsse nur vorläufige Integrationsschritte formulieren und dass vor allem noch eine globale Zielbestimmung fehlt. Interkulturalität impliziert also Fähigkeit zur Kooperation, zur Toleranz, Partnerschaft, Begegnung, Kommunikation und Interaktion über die eigenkulturellen Grenzen hinaus.

3. Die Türkei und die Europäische Union

Die Türkei stellte am 31. Juli 1959 einen Antrag auf Assoziierung mit der damaligen EWG. Die Korrespondenz begann am 28. September 1963. Dann wurde das Assoziierungsabkommen in Ankara unterzeichnet, das am 1. Dezember 1964 in Kraft trat. Die Assoziation nahm jedoch nicht die vorgesehene Entwicklung und wurde sogar zwischen 1980 und 1986 faktisch eingefroren. Am 14. April 1987 wollte die Türkei gemäß Artikel 237 des EWG-Vertrages Vollmitglied werden. Aber der Antrag wurde abgelehnt. Begründet wurde diese Ablehnung mit der bevorstehenden Realisierung eines EG-Binnenmarktes - bis zu dessen endgültiger Verwirklichung grundsätzlich keine Beitrittsverhandlungen geführt werden könnten - und im Hinblick auf das bestehende Entwicklungsgefälle zwischen der EG und der Türkei.

Seit dem Beginn der Beziehungen zwischen der Türkei und der EG bzw. der EU ist die türkische Mitgliedschaft zu einem Diskussionsthema geworden. Lange Zeit galt für Europa der Türkei-Eintritt in die Union als aussichtslos. Als Haupthindernis für eine türkische EU-Mitgliedschaft galten nicht nur ökonomische Strukturprobleme der türkischen Wirtschaft. In diesem Zusammenhang wurde unter anderem die eventuelle finanzielle Belastung infolge einer türkischen EU-Mitgliedschaft für die EU (oder anders formuliert, die finanzielle Begünstigung der Türkei) von den Befürwortern einer solchen Ablehnung als Argument benutzt. Es ging jedoch lange Zeit vor allem um "politische und kulturelle Vorbehalte, die in den Mitgliedstaaten gegenüber dem Assoziierten existieren." (Kramer 1995, S.14):

"Viele Politiker und weite Teile der Öffentlichkeit haben von der Türkei und den Türken immer noch das durch die Geschichte der türkisch-europäischen Beziehungen geprägte Bild des "Anderen". Für sie ist die Türkei kein integraler Teil Europas und sind die Türken keine Europäer (...). In dieser Sichtweise gehören die Türkei und die Türken als Muslime zu einem anderen, nichteuropäischen Kulturkreis und stellen für die europäische Identität einen Fremdkörper dar (...)

Die EU wird in dieser Perspektive letztlich als eine abendländisch-christliche und durch die Tradition der Aufklärung geprägte Völkergemeinschaft identifiziert.” (Kramer 1995, S.14-15).

Auch nach dem Eintritt der Türkei in die Zollunion hat sich diese Perspektive nicht sehr verändert. Für Europa steht der Eintritt der Türkei in die Zollunion vor allem im Gesamtzusammenhang mit der Assoziation und der Kandidatur. Auf diese Weise erscheint die Zollunion nur als Zwischenschritt zum Beitritt. Für Europa stellt diese Zwischenlösung eine höchst vorteilhafte Situation dar. Ganz im Gegensatz dazu befindet sich die Türkei durch den Eintritt in die Zollunion in einer prekären Lage:

“Erstens hat sich die Türkei einseitig an den bestehenden gemeinsamen Zolltarifen der EU anzupassen und zweitens bleibt sie als Nichtmitglied von einer effektiven Beteiligung am Entscheidungsprozess ausgeschlossen. Sie muss letztlich in jedem Fall die in Brüssel beschlossenen Veränderungen übernehmen. Damit leistet die Türkei einen teilweisen Souveränitätsverzicht, dem eigentlich keine erkennbare politische Kompensation seitens der EU gegenübersteht. Ein Verzicht auf Handlungsmöglichkeiten bei der Gestaltung des nationalen Aussenhandels ist angesichts der Bedeutung von Wirtschaftsbeziehungen für die moderne Aussenpolitik keine vernachlässigbare Kleinigkeit.” (Kramer 1995, S. 7)

Diese Ansicht, die Türkei auf der Zwischenstufe der Zollunion bleiben zu lassen, ist nicht unverbreit. Es ist klar, dass eine solche Konstellation auf den ersten Blick von Vorteil für die Union ist.

Nach 1998 trat dann aber ein Wandel in der oben beschriebenen Ansicht ein, so dass im Dezember 1999 in Kopenhagen die EU-Kandidatur der Türkei akzeptiert wurde. Dies gab dem Strukturwandel in der Türkei einen wesentlichen neuen Auftrieb. Deshalb steht nach Kopenhagen ein anderer Aspekt der Türkei-EU-Beziehungen an der Tagesordnung; und zwar die Vorteile einer türkischen Mitgliedschaft für die EU, die lange unberücksichtigt geblieben sind. Es mag sein, dass die Interessen beider Seiten keine Reziprozität aufweisen, so dass vor oder nach einer Realisierung der Vollmitgliedschaft die eine oder andere Seite begünstigt wird. Dennoch ist es erforderlich, auch positive Aspekte einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU zu berücksichtigen.

3.1. Vorteile eines türkischen EU-Beitritts aus der Sicht Europas in kultureller Hinsicht

In der gegenwärtigen Diskussion über den Antrag der Türkei auf Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union werden neben wirtschaftlichen und politischen Argumenten auch kulturelle Differenzen zwischen der sogenannten “europäischen Kultur” und der durch die Türkei symbolisierten “orientalischen Kultur” zur Sprache gebracht. Im folgenden werden wir zunächst den in diesem Zusammenhang viel zitierten Schlüsselbegriff “Kultur” genauer betrachten.

Die Kultur einer Gesellschaft wird von Faktoren wie Sprache, Religion, Wissenschaft, Kunst, Lebensweisen und Meinungen gebildet, sagt Şen. Weiterhin meint er:

“Diese Faktoren sind sämtlich variabel und verändern sich im Laufe der Geschichte zusammen mit Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen. Ein aktuelles Beispiel für einen solchen Wandel bietet die Auflösung der Blöcke und die damit verbundenen nicht nur die zu erwartende politische, sondern auch kulturelle Neuorientierung aller daran beteiligten Staaten. Dieser Wandel kann bewirken, dass das, was ursprünglich die gemeinsame Kultur ausmachte, von verschiedenen Gruppen und sogar verschiedenen Individuen anders aufgefasst wird. So können Menschen, die die gleiche Sprache sprechen und der gleichen Religionsgemeinschaft angehören, jedoch in unterschiedlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen leben, verschiedene Wahrnehmungen entwickeln und andere kulturelle Identitäten haben. (Şen 1992, S.103).

Als Konsequenz hieraus ergibt sich, dass kulturelle Identitäten selbst innerhalb der Grenzen eines Landes nicht mit klaren Zuordnungen zu beschreiben sind. Kulturelle Identitäten einer Gesellschaft können Unterschiede zwischen Regionen, Generationen und Schichten aufweisen. Die Identität einer Gesellschaft ist also viel-dimensional und komplex.

Die Definitionen der türkischen Kultur in Europa sind jedoch von ein-dimensionalen und falschen Türken- und Türkeibildern geprägt. Das ist auch nicht verwunderlich, wenn man einen Blick in deutsche Geschichtsbücher wirft. Dort wird, wenn überhaupt, eher negativ und knapp von der türkischen Geschichte berichtet. Näheres darüber lässt sich in dem Sammelband “Türken in deutschen Schulbüchern - Deutsche in türkischen Schulbüchern” finden. Dr. Walter Althammer stellt dort die bestehende Situation wie folgt dar:

“Die Forderung, dass die deutschen Schulbücher ebenso wie die türkischen in der Türkei und Deutschland dringend der Überarbeitung bedürfen, kann nicht deutlich genug unterstrichen werden. Dozent Dr. Abalı vom Institut für Bildungsforschung und Pädagogik des Auslandes an der Universität Giessen stellt in seinem Beitrag eine beginnende Umorientierung in türkischen Schulbüchern fest. Noch wichtiger aber ist die Überarbeitung der deutschen Schulbücher. Blosser Aufrufe zur Toleranz und Zusammenarbeit nützen wenig, wenn man den Partner und seinen soziokulturellen Hintergrund, seine Geschichte nicht kennt.” (Althammer 1993, S. 5-6).

Neben den westeuropäischen Elementen der türkischen Identität wie z.B. das Prinzip des Laizismus oder die Garantie auf Menschenrechte spielt natürlich auch der Islam eine bestimmte Rolle, allerdings nicht in der Weise, dass der Islam die westlichen Elemente vollkommen in den Schatten stellt. Vielmehr handelt es sich bei der türkischen Kultur und Identität gerade um eine einizgartige Synthese:

“Die spezifische Verbindung von islamischer und europäischer Identität, die für die türkische Identität festgestellt werden kann, bedingt schon in sich eine Ambivalenz. Je nach Schichten- oder Altersgruppe kann entweder das eine oder das andere Element überwiegen und je nach sozio-politischer Gesamtlage kann sich das Verhältnis dieser beiden Identitätselemente zueinander verändern. Fest steht allerdings, egal wie das Verhältnis aktuell ausfällt, dass beide Elemente der türkischen Kultur in Jahrhunderten immanent geworden sind und deshalb auch keine ‚Wahl‘ zwischen ihnen zu treffen sein kann. Gerade darin liegt die Chance der türkischen Kultur, ein Vermittler zwischen kulturellen Lebenswelten zu sein.“ (Şen 1992, S.107).

Vielleicht könnte deshalb das islamische oder orientalische Element bzw. die Syntheseleistung der türkischen Kultur gerade der Beitrag sein, den die Türkei als Vollmitglied für die EU leisten würde. Jahrhundertlanges Miteinander mit anderen europäischen und asiatischen Gesellschaften hat die türkische Gesellschaft kulturell bereichert und dazu beigetragen, dass sie scheinbar so gegensätzliche Attribute wie “europäisch” und “islamisch” miteinander vereinbaren und diese Verbindung zum Wesensmerkmal ihrer Kultur machen kann. Die Vorbildfunktion der türkischen Verbindung von Islam und Hinwendung zum Westen für andere islamische Staaten darf nicht unterschätzt werden, wofür die Vollmitgliedschaft in der EU als Katalysator wirken könnte. Deutliches Interesse für das türkische laizistische Staatsmodell zeigen die jetzt selbständig gewordenen zentralasiatischen Republiken sowie die sich neu formierenden Staaten des Balkans. Die Türkei gilt ihnen als Beweis für die Möglichkeit einer Verbindung von Islam, demokratischer Kultur und freier Marktwirtschaft.

4. Vollmitgliedschaftsprobleme der Türkei

Die Probleme der Türkei hinsichtlich der EU-Vollmitgliedschaft liegen zum einen in den noch ausstehenden Strukturveränderungen begründet. In dieser Hinsicht hat die Türkei schon wichtige Schritte unternommen. Ein anderes Problem hängt mit der Europäischen Union selbst zusammen. Ergün Sönmez äußerte seine Gedanken folgendermaßen:

“Die türkische Regierung ist wegen der stark einseitigen ökonomischen, politischen, sozialen und militärischen Abhängigkeit vom Westen bzw. von der EU nicht in der Lage, ihre Vollmitgliedschaftsinteressen durchzusetzen. Es ist inzwischen schon eine Art Gewohnheitsrecht der EU-Länder, die Türkei als Gegengabe für die dort geleistete ‘Entwicklungshilfe’ nachgerade auszusaugen, alles von ihr zu nehmen, was sie benötigt. Unter diesen Bedingungen wirkt die Forderung der EU nach mehr Demokratie in der Türkei und bessere Vorbereitungsarbeit auf die Vollmitgliedschaft schon eher wie eine Ausrede.” (Sönmez 1994, S.69)

Die oben angedeuteten widersprüchlichen Argumentationen könnten als Anlass des nicht Zustandekommens eines EU-Beitritts der Türkei angenommen werden. In diesem Fall aber könnten Faktoren wie Kultur und Religion als kleinere und unwichtige Probleme der Vollmitgliedschaft gelten, die sich jedoch zu großen Problemen anhäufen, wenn sie ständig übersehen und vernachlässigt werden. Anderenfalls können sie zur Grundlage einer reichen und interessanten Entwicklung werden, die auch für die EU durchaus von grossem Vorteil wäre.

4.1. Bereits erfolgte Integration der Türkei im europäischen System Massenmigration

Auf der anderen Seite muss auch darauf hingewiesen werden, dass die Türkei infolge einer Massenmigration von Türken nach Europa und auch einer Remigrationsbewegung von in Europa lebenden Türken in die Türkei auf eine einzigartige Art und Weise mit Europa integriert ist. In diesem Zusammenhang sind einige Statistiken, die wir jetzt anführen wollen, selbstredend.

Tabelle 1
Einwohnerzahl Deutschlands (Stand Dezember 1997)

	Zahl der Inländer	Zahl der Ausländer	Zahl der Türken
Männer	39.997.915	4.076.962	1.147.178
Frauen	42.063.284	3.288.871	960.248
Summe	82.061.199	7.365.833	2.107.426

(1998 Yılı Raporu, S.9)

Tabelle 2
Vergleich der Zahl der türkischen Staatsbürger mit anderen Nationalitäten in Deutschland (Stand Dezember 1997)

Nationalität	Männer	Frauen	Insgesamt
Türken	1.147.178	960.248	2.107.426
Jugoslawen	408.092	312.937	721.029
Italiener	364.888	242.980	607.868
Griechen	200.105	163.097	363.202
Bosnier	142.333	139.047	281.280
Spanier	70.089	61.547	131.636
Portugiesen	77.518	54.796	132.314
Andere	1666.759	1.354.219	4.344.853
Summe	4.076.962	3.288.871	7.365.833

1998 Yılı Raporu, S.10)

Aus der Tabelle 1 und 2 erkennen wir, dass die Zahl der türkischen Bevölkerung im Vergleich zu den Einwohnern Deutschlands anderer Nationalität, wobei es sich um relativ viele Nationalitäten handelt, in der Mehrzahl ist. So sind von insgesamt 7.365.833 Ausländern 2.107.426 türkische Gastarbeiter.

Tabelle 3

Zahl der türkischen Staatsbürger in Deutschland nach Geschlecht und Alter (Stand Dezember 1997)

Alter	Altersgruppen				
	0-14	15-29	30-39	40-49	50 und älter
Männer	309.849	365.643	198.444	82.955	190.287
Frauen	278.736	316.073	136.388	102.689	126.362
Summe	588.585	681.716	334.832	185.644	316.649

(Vgl.: 1998 Yılı Raporu, S.9)

Aus der oben angeführten Tabelle sehen wir, dass die jüngere Generation (dabei sind die Männer in der Mehrzahl) die Mehrheit der türkischen Gastarbeiter in Deutschland bildet.

Tabelle 4

Geburtenrate, Todesanfalle und Eheschließung der türkischen Staatsbürger in Deutschland (Stand 1998)

	Geburt	Tod	Eheschließung	
			Türken mit Türken	Türken mit Ausländern
Summe	48.151	3.235	4.446 (47,5 %)	4.911 (52 %)

(Vgl. 1998 Yılı Raporu, S.10)

Der Vergleich zwischen den Geburten- und Todeszahlen beweisen, dass die Zahl der türkischen Staatsbürger im Wachsen ist. Noch interessanter aber sind die Daten der Eheschließungen. Von insgesamt 9357 Eheschließungen bilden die Heirat der Türken mit Ausländern mit 52 % die Mehrzahl dieser Eheschließungen.

Tabelle 5**Zahl der eingebürgerten Türken in Deutschland zwischen 1972 bis 1998**

Jahr	Zahl der eingebürgerten Türken
1982	580
1983-1989	10.882
1990	2.034
1991	3.529
1992	7.377
1993	12.915
1994	19.590
1995	31.578
1996	46.294
1997	42.240
1998	59.664
Summe	252.899

(1998 Yılı Raporu, S.11)

Die Angaben aus der Tabelle 5 verzeichnen einen klaren Anstieg der eingebürgerten Türken in Deutschland. Während im Jahr 1982 die Zahl der deutschen Staatsbürger türkischer Abstammung 580 betrug, hat sich diese Zahl zwischen den Jahren 1983 und 1998 um das hundertfache vergrößert. Dies weist darauf hin, dass immer mehr Türken in Deutschland bleiben wollen und nicht mehr beabsichtigen, in die Heimat zu emigrieren.

Tabelle 6**Zahl der türkischen Remigranten aus Deutschland**

Jahr	Zahl der nach Deutschland emigrierten türkischen Staatsbürger	Zahl der Remigranten
1992	87.182	40.316
1993	97.800	45.500
1994	63.900	46.400
1995	73.592	43.221
1996	74.144	45.030
1997	56.992	48.820
Summe	453.610	220.467

(1998 Yılı Raporu, S.12)

Tabelle 6 zeigt einen wesentlichen Unterschied zwischen der Zahl der nach Deutschland emigrierten Auswanderer und der Zahl der in die Türkei remigrierten Rückkehrer. Während in den Jahren 1992 und 1993 die Zahl der Emigranten fast mehr als das Doppelte die der Rückkehrer ausmachte, sinkt dieser Unterschied in den folgenden drei Jahren leicht ab. 1997 steigt die Zahl der Rückkehrer im Vergleich zu den vergangenen Jahren leicht an, wobei die Zahl der Emigranten sich nicht sehr verändert.

Tabelle 7

Zahl der türkischen Staatsbürger mit befristeter und unbefristeter Aufenthaltserlaubnis sowie mit Einwohnerrecht in Deutschland zwischen 1993 und 1996

Datum	mit befristeter Aufenthaltserlaubnis	mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis	mit Einwohnerrecht
Dezember 1993	292.813	409.469	537.448
Dezember 1994	286.030	450.495	536.112
Dezember 1995	277.993	494.364	530.321
Dezember 1996	270.598	534.493	519.478

(1998 Yılı Raporu, S.12)

Während die Zahl der türkischen Staatsbürger mit Einwohnerrecht und die Zahl der türkischen Staatsbürger mit befristeter Aufenthaltserlaubnis gefallen ist, kann ein Anstieg an der Zahl der türkischen Staatsbürger mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis festgestellt werden. Diese Daten weisen auf eine Anerkennung der türkischen Staatsbürger innerhalb der deutschen Gesellschaft hin.

Tabelle 8

Aufenthaltsdauer der türkischen Staatsbürger in Deutschland (Stand Dezember 1996)

Aufenthaltsdauer	Zahl der türkischen Staatsbürger
0-1 Jahr	75.700
1-4 Jahre	235.600
4-6 Jahre	169.800
6-8 Jahre	163.800
8-10 Jahre	132.900
10-15 Jahre	186.900
15-20 Jahre	390.300
20-25 Jahre	398.200
25-30 Jahre	244.700
30 Jahre und länger	51.000
Summe	2.049.000

(1998 Yılı Raporu, S.12)

Aus der Tabelle 8 ist zu entnehmen, dass mehr als die Hälfte der türkischen Staatsbürger über 15 Jahre in Deutschland gelebt haben. Die meisten von ihnen leben seit über 20 Jahren in Deutschland.

Tabelle 9**Zahl der in Deutschland beschäftigten türkischen Staatsbürger (Stand März 1997)**

Männer	384.055
Frauen	171.935
Summe	555.990

(1998 Yılı Raporu, S.12)

Die Summe der arbeitenden türkischen Staatsbürger in Deutschland beträgt im Jahr 1998 insgesamt 559.834 (1998 Yılı Raporu, S.13). Vergleicht man diese Summe mit der Summe der Tabelle 9, so ist eine leicht steigende Tendenz festzustellen.

Tabelle 10**Zahl der in Deutschland beschäftigten türkischen Staatsbürger nach Altersgruppen (Stand Juni 1997)**

Altersgruppe	Zahl der Beschäftigten
0-20	34.057
21-24	99.675
25-29	104.730
30-34	107.043
35-39	56.818.111
40-44	43.379
45-49	40.377
50-54	42.976
55-59	27.466
60-64	6.709
65 und älter	440
Summe	563.670

(1998 Yılı Raporu, S.13)

Aus der Tabelle 10 ist ersichtlich, dass die meisten türkischen Staatsbürger mit Beschäftigung in der Altersgruppe zwischen 25 und 34 Jahre liegen. Damit machen sie eine sehr dynamische Gruppe im Produktionsprozess der deutschen Wirtschaft aus.

Tabelle 11

Zahl der beschäftigten türkischen Staatsbürger in Deutschland im Vergleich zu anderen Nationalitäten (Stand 1997)

	Zahl der Beschäftigten		
	Männer	Frauen	Summe
Türken	348.055	171.935	555.990
Andere Nationalitäten	908.538	517.389	1.425.927
Summe	1.292.593	689.324	1.981.917

(1998 Yılı Raporu, S.14)

Ein Viertel der Summe der beschäftigten Ausländer in Deutschland bilden die Türken. Davon sind laut Tabelle 11 die Männer in der Mehrzahl (sie machen fast die Hälfte aus). Es muss dabei berücksichtigt werden, dass es sich um relativ viele andere Nationalitäten handelt. Die Größe der Summe der türkischen Staatsbürger mit Beschäftigung lässt sich ebenfalls an ihrem Beitrag am Bruttosozialprodukt Deutschlands ablesen.

Im Jahr 1999 betrug das Bruttosozialprodukt von Deutschland 3.833,75 Mrd. DM. Diese Summe ist im Vergleich zum Jahr 1998 um 79,7 Mrd. DM gestiegen. Im Jahr 1999 betrug der Beitrag der beschäftigten Türken am Bruttosozialprodukt Deutschlands 78,6 Mrd. DM. Diese Summe entspricht somit dem einjährigen Anstieg des Bruttosozialprodukts Deutschlands. Außerdem ist diese Summe:

- das 1,6 -fache des Bruttosozialprodukts Luxemburgs im Jahr 1998;
- 41% des Bruttosozialprodukts Portugals im Jahr 1998;
- 37% des Bruttosozialprodukts Griechenlands im Jahr 1998.

(vgl. Şen 2000, S.19).

Laut diesen Angaben ist zu bemerken, dass der Beitrag der arbeitenden türkischen Gesellschaft für die deutsche Wirtschaft unumstritten einen wichtigen nicht zu übersehenden Faktor bildet.

Tabelle 12

Einkommen, Ausgaben und Ersparnisse der türkischen Familien in Deutschland (Stand 1999)

Jahr	1999
Türkische Familien in Deutschland	607
Jährliches Durchschnittseinkommen der türkischen Familien in Deutschland	28,4 Mrd. DM
Ausgaben	22 Mrd DM
Ersparnisse	6,4 Mrd DM

(Vgl. Şen 2000, 16-17)

Die Tabelle 12 zeigt die Höhe der Ausgaben der türkischen Familien im Vergleich zu deren Ersparnissen, welche nur einen geringeren Teil des jährlichen Einkommens ausmachen. Die Konsumgewohnheiten der Türken hat in den vergangenen Jahren eine Tendenzwende erlebt. Bis in die 90'er Jahre waren die Ersparnisse weit größer als die Ausgaben, um mit dem verdienten Spargut die zurückgebliebene Familie in der Heimat zu unterstützen. Doch mit der neuen Migrationswelle infolge der Familienzusammenführung haben sich sowohl die Gewohnheiten in Bezug auf die Ausgaben und Ersparnisse als auch die Lebensform der türkischen Familien verändert. Es zeigt sich heute ein Wandel nach Deutschland, wo die Familien ihren Lebensunterhalt bestreiten. Faruk Şen macht dazu folgende Bemerkung:

“Başlangıçta göçmenler tarafından Almanya'ya getirilen birtakım tüketim alışkanlıkları zaman içerisinde Alman tüketiciler tarafından da benimsendiyse de, göçmenler de Alman toplumundaki süregelen mevcut tüketim alışkanlıklarından ve yaşam biçimlerinden önemli ölçüde etkilenmişlerdir. (Şen 2000, S.16)

[Wie sehr einige zu anfangs von den Migranten nach Deutschland gebrachten Konsumgüter mit der Zeit auch von deutschen Konsumenten angenommen wurden, so haben sich inzwischen auch die Migranten die herkömmlichen Konsumgewohnheiten und Lebensformen der deutschen Gesellschaft angeeignet.]

Diese Zeilen geben an, dass eine kulturelle Integration der Türken in das deutsche Gesellschaftsleben zu einem gewissen Grad bereits erfolgt ist.

Tabelle 13

Türkische Immobilienbesitzer in Deutschland (Stand 1999)

Jahr	1996	1999
Zahl der Immobilienbesitzer	54.000	über 96.000
Anstieg in Prozent	78,1 %	

(Vgl. Şen 2000, S.17)

Die oben angeführten Zahlen lassen ersichtlich werden, dass eine beträchtliche Summe der ehemaligen Mieter zu Immobilienbesitzern geworden sind, deren Zahl laut Tabelle 13 in drei Jahren um 78,1% gestiegen ist. Daraus können wir auch erschließen, dass mehr und mehr türkische Migranten ihren festen Wohnsitz nach Deutschland verlegt haben.

Tabelle 14
In europäischen Ländern lebende Türken (Stand 1997)

Staaten	Gesamtzahl der türkischen Staatsbürger	Gesamtzahl der türkischen Arbeiter und Angestellten	Summe	Anteil
Deutschland	2.107.426	559.834	2.667.260	67,6%
Frankreich	287.343	78.965	366.308	9,3%
Holland	279.786	29.000	308.786	7,8%
Österreich	138.860	53.463	192.323	4,9%
Schweiz	79.478	32.944	112.422	2,8%
Belgien	73.818	16.442	90.260	2,3%
England	66.000	37.880	103.880	2,6%
Dänemark	38.055	8.936	46.991	1,2%
Schweden	35.943	7.000	42.943	1,0%
Norwegen	10.000	6.000	16.000	0,4%
Summe	3.116.709	830.464	3.947.173	100%

(Vgl.: 1998 Yılı Raporu, S.3)

Aus der oben angeführten Tabelle ist deutlich zu erkennen, dass sich die meisten türkischen Staatsbürger und Beschäftigten in Deutschland aufhalten. Diese Zahl entspricht 67,6 % der gesamten türkischen Einwohner in den europäischen Ländern. Insgesamt handelt es sich bei den in Europa lebenden Türken um 3.947.173 Menschen.

Tabelle 15
In europäischen Ländern beschäftigte türkische Staatsbürger im Jahr 1999 (Stand 2000)

Land	Arbeitsstand		Summe
	Angestellte	Privatunternehmer	
Deutschland	776.800	55.200	832.000
Holland	99.600	5.400	105.000
Frankreich	95.800	5.200	101.000
Österreich	63.600	3.700	67.300
Belgien	30.100	1.700	31.800
Dänemark	14.900	700	15.600
England	11.900	800	12.700
Schweden	9.400	400	9.800
Andere EU-Länder	2.600	100	2.700
Summe	1.104.700	73.200	1.177.900

(Vgl. Şen 2000, 30)

Die Gegenüberstellung der Tabelle 14 mit Tabelle 15 zeigt einen deutlichen Anstieg an der Zahl der Beschäftigten im Jahr 1999, wobei Deutschland mit 832 000 Beschäftigten an erster Stelle steht.

Tabelle 16

Beitrag der beschäftigten türkischen Staatsbürger am Bruttosozialprodukt der europäischen Länder im Jahr 1998

Land	Bruttosozialprodukt		Beitrag der Türken		
	Mrd. Euro	Mrd. DM	Mrd. Euro	Mrd. DM	Prozent
Deutschland	1.910,3	3.736,2	40,2	78,6	2,1 %
Frankreich	1.274,5	2.492,7	4,0	7,8	0,3 %
England	1.220,4	2.386,9	0,9	1,8	0,07 %
Holland	336,7	658,5	4,3	8,5	1,3 %
Belgien	223,6	437,3	1,4	2,7	0,6 %
Schweden	202,6	362,3	0,4	0,8	0,2 %
Österreich	189,8	371,2	3,1	6,1	1,6 %
Dänemark	150,9	295,1	0,8	1,5	0,5 %
Summe	5.508,8	1.0740,2	55,1	107,8	100 %

(Vgl. Şen 2000, S.31)

Der Beitrag am Bruttosozialprodukt der in Deutschland lebenden türkischen Staatsbürger bildet mit 2,1 % den größten Anteil im Vergleich zu den Beiträgen der in anderen europäischen Ländern lebenden Türken. Obwohl das Bruttosozialprodukt Österreichs im Vergleich zu Frankreich und anderen EU-Ländern viel geringer ist, nimmt dieses Land mit 1,6 % den zweitwichtigsten Platz in der Tabelle ein. Holland folgt mit 1,3 %.

Tabelle 17

Zahl der ausländischen Betriebe in Deutschland (Stand 1997)

Land	Zahl der Betriebe	Prozentsatz
Türkei	47.000	17,3 %
Italien	36.000	13,3 %
Griechenland	33.000	12,2 %
Andere	155.000	57,2%
Summe	271.000	100 %

(1998 Yılı Raporu, S.16)

Die Summe der türkischen Privatbetriebe in Deutschland beträgt im Jahr:

1998: 51.000

1999: 55.200

(vgl.: Şen 2000, S. 21)

Aus der Tabelle 17 geht deutlich hervor, dass die Türkei im Vergleich zu anderen Ländern mit 47.000 Betrieben den größten Anteil hat. Diese Zahl stieg 1998 auf 51.000 und 1999 auf 55.200. Es ist daraus ersichtlich, dass zwischen den Jahren 1997 und 1999 ein klarer Anstieg der Zahl der türkischen Privatbetriebe zu vermerken ist.

Tabelle 18

Zahl der türkischen Privatbetriebe in Deutschland nach Arbeitsbereichen (Stand 1997 und 1999)

Arbeitsgebiet	Stand 1997		Stand 1999	
	Zahl der Betriebe	Prozentsatz	Zahl der Betriebe	Prozentsatz
Herstellungsindustrie	846	1,8 %	1.200	2,2 %
Bauunternehmen	940	2,0 %	1.300	2,4 %
Handwerk	2.726	5,8 %	4.100	7,4 %
Großhandel	5.405	11,5 %	4.400	8,0 %
Einzelhandel	17.766	37,8 %	19.900	36,0 %
Gastronomie	11.609	24,7 %	13.400	24,2 %
Dienstleistungssektor	7.708	16,4 %	10.900	19,8 %
Summe	47.000	100 %	55.200	100 %

(1998 Yılı Raporu, S.105)

(Şen 2000, S.26)

Im Jahr 1997 befanden sich in Deutschland insgesamt 47.000 türkische Privatunternehmen, in denen 206.000 Arbeiter beschäftigt waren (1998 Yılı Raporu, S.15). Den größten Anteil davon hatte mit insgesamt 17.766 Unternehmen der Einzelhandel. Der Vergleich dieser Daten mit denen von 1999 zeigt einen Anstieg um 50 % an der Zahl der türkischen Privatbetriebe in Deutschland, deren Beitrag für die deutsche Wirtschaft nicht zu übersehen ist.

Tabelle 19**Ökonomischer Stand der türkischen Privatbetriebe in Deutschland (Stand April 2000)**

Jahr	1985	1990	1995	1997	1998	1999
Investitionen pro Betrieb in DM	173.000	173.000	204.000	203.000	218.000	224.000
Investitionen in Mrd. DM	3,8	5,7	8,3	9,5	11,1	12,4
Giro pro Betrieb in DM	782.000	758.000	840.000	880.000	904.000	912.000
Jährliches Durchschnittsgiro in Mrd. DM	17,2	25,0	34,0	41,1	46,1	50,3
Zahl der Beschäftigten pro Betrieb	3,5	3,3	4,1	4,4	5,2	5,3
Gesamtzahl der Beschäftigten	77.000	100.000	168.000	206.000	265.000	293.000

(Şen 2000, S.32)

Aus der Tabelle 19 lässt sich ein ständig steigender ökonomischer Wachstum der türkischen Privatbetriebe in Deutschland ablesen.

Tabelle 20**Ökonomischer Stand der türkischen Privatbetriebe in Europa (Stand 2000)**

Jahr	1995	1996	1997	1998	1999
Investitionen pro Betrieb in DM	189.700	194.700	190.000	205.000	210.000
Investitionen in Mrd. DM	10,3	11,0	11,8	13,8	15,4
Giro pro Betrieb in DM	777.000	756.000	812.000	832.000	836.000
Jährliches Durchschnittsgiro in Mrd. DM	42,2	42,7	50,4	56,1	61,2
Zahl der Beschäftigten pro Betrieb	3,9	4,1	4,1	4,8	5,0
Gesamtzahl der Beschäftigten	212.000	232.000	254.000	323.000	366.000

(Şen 2000, S.32)

Tabelle 20 zeigt, dass die türkischen Privatbetriebe in ganz Europa in einem ständigem Wachstum begriffen sind.

Tabelle 21

Entwicklung der Zahl der ausländischen und deutschen Studenten zwischen 1960 und 1991

Jahr	Deutsche Studenten	Ausländische Studenten	Anteil der ausländischen Studenten
1960	291,100	21.800	7,9 %
1965	384,400	26.600	6,9 %
1970	510.500	28.400	5,6 %
1975	840.800	48.700	5,8 %
1980	1.044.200	57.900	5,5 %
1985	1.338.000	74.300	5,6 %
1989	1.509.000	91.700	6,1 %
1991	1.750.000	105.000	6,0 %

(Akkaya, S.3)

Aus der oben angeführten Tabelle ist ersichtlich, dass die Zahl der ausländischen Studenten in Deutschland in den letzten 30 Jahren enorm angestiegen ist.

Tabelle 22

Zahl der türkischen Studenten in Deutschland (Stand 1998/99)

Studienjahr	Ausländische Studenten in Deutschland	Türkische Studenten	Anteil der türkischen Studenten
1995/1996	146.471	20.631	14,1 %
1996/1997	151.870	21.856	14,4 %

(vgl., 1998 Yılı Raporu, S.19)

Vergleicht man die Tabelle 18 mit der Tabelle 17, so ist zu erkennen, dass die Zahl der ausländischen Studenten in den folgenden sieben (7) Jahren um die Hälfte gestiegen ist. Die türkischen Studenten nehmen hierbei mit 14,4 % einen wichtigen Platz im deutschen Bildungssystem ein, wenn wir berücksichtigen, dass es sich um mehrere ausländische Studenten anderer Nationalitäten handelt.

Tabelle 23

Entwicklung der Zahl der türkischen und ausländischen Schüler an deutschen Gymnasien zwischen 1980 und 1990

Jahr	Ausländische Schüler	Türkische Schüler	Anteil der türkischen Studenten
1980	39.195	6.093	1,9 %
1982	47.390	9.213	2,3 %
1984	52.119	11.414	2,8 %
1986	58.328	14.501	3,5 %
1988	69.927	19.055	4,5 %
1990	76.726	21.768	5,0 %

(Akkaya, S.5)

Aus der Tabelle 23 geht hervor, dass auch an den Gymnasien die türkischen Schüler ihren Anteil an der Zahl der ausländischen Schülerschaft stetig erhöht haben.

5. SCHLUSSBETRACHTUNG

Die oben aus verschiedenen Lebensbereichen wie Demographie, Arbeitswelt, Privatbesitz, Privatsektor und Bildung angeführten Zahlen sowohl hinsichtlich der Situation und Entwicklung in Deutschland als auch teilweise in ganz Europa verdeutlichen, wie stark die Gruppe der türkischen Europäer quantitativ in allen Lebensbereichen und besonders in der Produktion vertreten ist. Es ist deshalb heute unmöglich, sich ein Europa ohne die türkische Gesellschaft vorzustellen, zumal heute insgesamt 3.116.709 Türken ihren Wohnsitz in den europäischen Ländern haben, von denen 1.177.900 beschäftigt sind und damit dem Bruttosozialprodukt Europas jährlich 107,8 Mrd. DM Beitrag leisten.

An eine Ausklammerung einer solch produktiven Volksgruppe kann niemand denken. Die Zahlen, die wir in den vorangegangenen Kapiteln in verschiedenen Tabellen angeführt haben, beweisen eindeutig, dass ein Verzicht auf diese Gesellschaft auf jeden Fall eine Krise mit sich bringen würde, und zwar besonders in Deutschland, wo die türkische Bevölkerungsgruppe von 7.365.833 Ausländern mit insgesamt 2.107.426 an der Zahl am stärksten vertreten ist. Davon haben 534.493 Türken eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis und 519.478 Türken ein Einwohnerrecht. Außerdem wissen wir, dass die Zahl derer, die die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben, bis zum Jahr 1998 insgesamt 252.899 betrug. Diese Zahlen lassen auch erkennen, dass die in Europa und vor allem in Deutschland lebenden Türken, von denen sich die Mehrzahl seit über 20 Jahren in diesem Land aufhält, sich darauf eingerichtet haben, in

Europa zu bleiben. Was anfangs nur als eine Zwischenlösung gedacht war, ist inzwischen ein permanenter Zustand geworden, der nur eine einzige Lösung in Frage kommen läßt, und zwar die Lösung durch eine Weiterbetreibung der Integration.

Es ist klar, dass dies nicht so einfach sein wird. Denn auf der einen Seite sind die Türken ihren Traditionen und ihrer spezifischen Identität eng verbunden. Dies liegt auch daran, dass die erste Generation der Migranten nicht mit der Absicht zu bleiben nach Europa ausgewandert ist. In dieser Hinsicht bilden sie also eine ganz andere Gruppe als die Auswanderer, die nach Australien, Kanada oder in die USA migriert sind, um nie mehr zurückzukehren. Andererseits hatte auch Europa anfänglich nicht die Absicht, zu einem klassischen Einwanderergebiet zu werden, wie es die oben genannten Länder von Anfang an waren. Deshalb haben die europäischen Länder auch keinerlei Erfahrung auf dem Gebiet der Immigration und auch auf dem Gebiet der Integration. Beide Seiten haben also noch viel zu lernen.

Allerdings zeigen die in den vorangegangenen Kapitel angeführten Zahlen, dass die Integration langsam aber sicher voranschreitet. Ein beträchtlicher Teil der in Europa lebenden und arbeitenden Türken liegen in einer Altersgruppe zwischen 25-35 Jahren. Es ist sicherlich diese Generation und die folgenden Generationen, die in Europa bleiben werden. Die Zahl der Beschäftigten zeigt, dass die türkische Bevölkerungsgruppe eine wesentliche Gruppe in der wirtschaftlichen Produktion ausmacht, was ja heisst, dass die meisten Türken im Arbeitsprozess integriert ist. Auch gibt es schon einen erstaunlichen Anteil von Privatunternehmern türkischen Ursprungs, deren Durchschnittsgehalt im Jahr 1999 insgesamt 61,2 Mrd. DM beträgt und die ja nicht nur Türken, sondern auch Europäern einen Arbeitsplatz schaffen. Dieser Privatsektor befindet sich in ständigem Wachstum.

Es wächst auch gleichzeitig die Zahl der türkischen Studenten an den Universitäten und die Zahl der Schüler an Gymnasien, wie wir es am Beispiel Deutschland verfolgen konnten. Allein in Deutschland beträgt die Zahl der türkischen Studenten nach dem Stand 1998/99 insgesamt 21.856 und 21.786 türkische Schüler wiederum besuchen ein Gymnasium. Diese Gruppe der gebildeten Türken wird sicherlich einen wesentlichen Beitrag zur Integration ihrer Volksgruppe leisten, wenn sie ihren Platz im europäischen System eingenommen haben.

Dies alles sind gleichzeitig Strukturen von Integration, die sich sicherlich auch positiv auf eine zukünftige EU-Mitgliedschaft der Türkei auswirken werden. Man kann die These aufstellen, dass die Integration der Türkei in die EU in dem Grad leichter sein wird, in dem die in Europa lebenden Türken im europäischen System integriert werden. Es ist klar, dass Deutschland, wo die meisten Türken in Europa leben, einen besonderen Stellenwert hat. Besonders in diesem europäischen Land wird sich die Präsenz der

türkischen Bevölkerungsgruppe in multikultureler Hinsicht auswirken. Auf lange Sicht werden diese Menschen immer mehr ihre Rechte wahrnehmen und die Rolle eines wichtigen Brückenkopfs für die Integration der Türkei im europäischen System einnehmen - sei es in der Wirtschaft, in der Politik oder im Bereich der Kultur bzw. der interkulturellen Kommunikation.

Abschließend kann festgestellt werden, dass die Türkei, die nicht nur jahrhundertealte Bindungen zu Europa bzw. gemeinsame kulturelle Wurzeln aufweist, sondern auch viele in Europa lebende Menschen hat. Ein Integrationsprozess zwischen Europa und der Türkei wird deshalb auf zwei Gleisen gleichzeitig vor sich gehen müssen. Dies wird in mancher Hinsicht auch einen wichtigen Beitrag für Europa leisten.

Auf der einen Seite kann eine in Europa integrierte Türkei als zugleich islamischer und europäischer Staat als kulturelle Brücke zwischen den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens und Europa fungieren und somit Grundvoraussetzungen für eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Staaten schaffen.

Ausserdem könnte die Türkei als zukünftig einziger islamischer Staat in Europa ein identitätsbildender und integrativer Faktor für die in Europa heimischen Muslime werden. Vorhandene interreligiöse und - kulturelle Spannungen in Europa könnten somit abgebaut und auch in der Zukunft verhindert werden.

Als Vollmitglied der EU könnte die Türkei mit ihrem laizistischen Staatsprinzip Vorbildfunktion für die sich neu konstituierenden Turk-Republiken der ehemaligen Sowjetunion und auch der Balkanstaaten erfüllen und somit eine Verbindung zu diesen Staaten herstellen, die sowohl politisch als auch ökonomisch für die EU von großem Vorteil wäre.

6. QUELLENVERZEICHNIS

- ABALI, Ünal (1993): "Kulturelle Orientierung der Schulbücher für den muttersprachlichen Unterricht Türkisch in Deutschland", in: *Türken in deutschen Schulbüchern - Deutsche in türkischen Schulbüchern*. Köln: Önel Verlag.
- AKKAYA, Çiğdem: - F. Almanya'da Türk Üniversite Öğrencileri, in: *Zentrum für Türkeistudien*. Opladen: Leske & Budrich.
- ALTHAMMER, Walter (1993): "Türken und Deutsche in Schulbüchern", in: *Türken in deutschen Schulbüchern - Deutsche in türkischen Schulbüchern*. Köln: Önel Verlag.
- BMBW, Grund und Strukturdaten 1991/1992, Staatliches Bundesamt
- BOLDT, Hans (1995): "Die Europäische Union Geschichte, Struktur, Politik", in: *Meyers Forum*. B.I. Taschenbuchverlag
- Die Beschlüsse des Europäischen Rates von Maastricht, in: *Auf dem Weg zur Europäischen Union*. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Juni 1992.
- DETHLOFF, Uwe (1993): "Die Herausforderung des Binnenmarktes und der Europäischen Union", in: *Interkulturalität und Europakompetenz*. Tübingen: Stauffenburg Verlag.
- HÖPKEN, Wolfgang (1993): "Das Bild der Türkei in Deutschen Schulbüchern", in: *Türken in deutschen Schulbüchern - Deutsche in türkischen Schulbüchern*. Köln: Önel Verlag.
- KRAMER, Heinz (1995): *Die Assoziierungsabkommen der EU: Die Türkei und Mittelosteuropa in einem Boot?* Reihe Eurokolleg 32: Friedrich Ebert Stiftung.
- KREISER, Klaus (1993): "Das türkische Schulbuch von der osmanischen Reformzeit bis zur Gründung der Republik. Eine Einführung in Beispielen." In: *Türken in deutschen Schulbüchern - Deutsche in türkischen Schulbüchern*. Köln: Önel Verlag.
- ÖZÖNDER, M. Cihat (1997): "Avrupada'daki Türk İşçilerinin Temel Meseleleri, in: *Avrupa'daki Türk Çocuklarının İnsan Hakları Sorunları. Açık Oturumlar Dizisi 1*. Ankara: Şafak Matbaacılık.
- SÖNMEZ, Ergün (1994) : - Die Türkei als ein an die EG assoziiertes Land und die Probleme Einer Vollmitgliedschaft , in: *Die Türkei-EG*. Berlin: GAM-Media GmbH.
- Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz: *Ausländische Schüler und Schulabsolventen 1980-1989*.
- ŞEN, Faruk (1992): *Türkei und Europäische Gemeinschaft*, in: *Zentrum für Türkeistudien*. Opladen: Leske & Budrich.
- ŞEN, Faruk (2000): - *Avrupa Birliğindeki Türk Ekonomisi*, in: *Zentrum für Türkeistudien*. Essen: Önel Verlag.
- WRK (Westdeutsche Rektorenkonferenz), *Arbeitsmaterialien, Zusammenstellung bildungspolitischer Daten*, 3. Ausgabe, Bonn.
- YILDIZ, Süleyman (1993): "Deutsche und Deutschland in aktuellen türkischen Schulbüchern", in: *Türken in deutschen Schulbüchern - Deutsche in türkischen Schulbüchern*. Köln: Önel Verlag.
- 1994 Yılı Raporu, Yurtdışındaki Vatandaşlarımıza İlişkin Gelişmeler ile Sayısal Bilgiler. Ankara: Çalışma Ve Sosyal Güvenlik Bakanlığı 1996.
- 1998 Yılı Raporu, Yurtdışındaki Vatandaşlarımıza İlişkin Gelişmeler ile Sayısal Bilgiler. Ankara: Çalışma Ve Sosyal Güvenlik Bakanlığı 1999.